

Niederschrift

Gremium: Kreistag
Sitzungs-Nr.: 17 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 06.10.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 16.00 Uhr **Ende:** 18.50 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:	Seite:
1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	7
2 Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages am 07.07.2004	7
3 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses	7
4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages	8
4.1 Fährverbindung Sandstedt-Brake	8
4.2 Zukunft der Karstadt-Filiale Cuxhaven	8
4.3 Flughafenbetriebs-Gesellschaft Cuxhaven-Nordholz	8
5 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Mitglieder des Kreistages und sonstige ehrenamtlich tätige Personen des Landkreises Cuxhaven (Aufwandsentschädigungssatzung) Sitzungsvorlage Nr. 251/2004	8
6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 268/2004	9
7 Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - Hartz IV - a) Umsetzung SGB II; hier: Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der zu erledigenden Aufgaben b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Sitzungsvorlage Nr. 241/2004 c) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.08.2004 Sitzungsvorlage Nr. 241a/2004	9
8 Küstenautobahn A22, Finanzierung der Planungskosten a) Beschlussfassung über die Mitfinanzierung der Landkreise b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.09.2004 Sitzungsvorlage Nr. 281/2004	11
9 Entschließung des Kreistages zur geplanten Elbvertiefung a) Antrag des unabhängigen Kreistagsabgeordneten Herrn Schröder vom 21.09.2004 Sitzungsvorlage Nr. 282/2004 b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.10.2004 Sitzungsvorlage Nr. 282 a/2004	12
10 Beiräte in Justizvollzugsanstalten; Vorschlagsliste für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 283/2004	12

	Seite:
11 Kenntnisnahme einer Eilentscheidung gemäß § 60 NLO hier: Nachwahl einer Vertrauenspersonen als Ersatz für Herrn Manfred Tönjes, Heerstedt zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen Sitzungsvorlage Nr. 277b/2004	13
12 Neuwahl der Vertrauenspersonen zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen hier: Nachwahl einer Ersatzperson für Herrn Hans-Volker Feldmann, Otterndorf Sitzungsvorlage Nr. 277/2004	13
13 Haushaltskonsolidierung des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 227a/2004	13
14 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 einschließlich der Jahresabschlussergebnisse der Einrichtungen gem. § 108 NGO des Landkreises Cuxhaven und Entlastung des Ober- kreisdirektors Sitzungsvorlage Nr. 274/2004	14
15 Fragestunde	14
16 Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse	15
17 Anregungen und Beschwerden	15
18 Einwohnerfragestunde	15

Anwesend waren:

- 1 Kreistagsabgeordneter Dageförde, Uthlede, als Vorsitzender

die Kreistagsmitglieder

- 2 Landrat Bielefeld, Cuxhaven
- 3 Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt
- 4 Kreistagsabgeordneter Bensen, Beverstedt
- 5 Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
- 6 Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven
- 7 Kreistagsabgeordneter Döschner, Köhlen
- 8 Kreistagsabgeordneter Dubbert, Hechthausen
- 9 Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen
- 10 Kreistagsabgeordneter Feldmann, Otterndorf
- 11 Kreistagsabgeordneter Ferlemann, Cuxhaven
- 12 Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
- 13 Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf
- 14 Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel
- 15 Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
- 16 Kreistagsabgeordneter Grell, Hechthausen (bis 18.30 Uhr, TOP 13)
- 17 Kreistagsabgeordneter Grube, Hemmoor (bis 18.30 Uhr, TOP 13)
- 18 Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf
- 19 Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
- 20 Kreistagsabgeordnete Frau Hansmann, Lintig
- 21 Kreistagsabgeordneter Harten, Cuxhaven
- 22 Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven
- 23 Kreistagsabgeordneter Johannßen, Otterndorf
- 24 Kreistagsabgeordneter Jüchtern, Schiffdorf
- 25 Kreistagsabgeordneter Kaliske, Loxstedt
- 26 Kreistagsabgeordneter Köster, Loxstedt
- 27 Kreistagsabgeordneter Kowalewski, Midlum
- 28 Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
- 29 Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe
- 30 Kreistagsabgeordneter Lutz, Wremen
- 31 Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
- 32 Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt
- 33 Kreistagsabgeordneter McAllister, Bad Bederkesa
- 34 Kreistagsabgeordneter Meyer, Wingst
- 35 Kreistagsabgeordneter Meyn, Lamstedt
- 36 Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
- 37 Kreistagsabgeordneter Nesper, Cadenberge
- 38 Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
- 39 Kreistagsabgeordneter Peters, Wanna
- 40 Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
- 41 Kreistagsabgeordneter Raulff, Cuxhaven
- 42 Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
- 43 Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt
- 44 Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
- 45 Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
- 46 Kreistagsabgeordneter Schröder, Cuxhaven
- 47 Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
- 48 Kreistagsabgeordnete Frau Schwertfeger, Hagen
- 49 Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum
- 50 Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven
- 51 Kreistagsabgeordneter Steinberg, Cuxhaven
- 52 Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf
- 53 Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen
- 54 Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt
- 55 Kreistagsabgeordnete Frau Vockert, Schiffdorf
- 56 Kreistagsabgeordneter Wegener, Cuxhaven
- 57 Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf

- 58 Kreistagsabgeordneter Wrede, H., Loxstedt
- 59 Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen
Kreisrätin Frau Jahns
Kreisrat Gestering
Kreisrat Redeker
Frauenbeauftragte Frau Mahler
Kreisoberamtsrat Wohltmann
Kreisamtsrat Meyer als Protokollführer
Kreisinspektorin z. A. Frau Jark

Außerdem:

Presse und Zuhörer

Folgende Kreistagsabgeordnete fehlten entschuldigt:

- 60 Kreistagsabgeordnete Frau Bergen, Cuxhaven
- 61 Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
- 62 Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
- 63 Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven
- 64 Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Dageförde eröffnete um 16.00 Uhr die siebzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Mitglieder des Kreistages zu dieser Sitzung frist- und formgerecht eingeladen seien. Von 64 Mitgliedern des Kreistages seien zu Beginn der Sitzung 59 anwesend. Der Kreistag sei beschlussfähig.

Abg. Schröder legte dem Vorsitzenden einen schriftlichen Antrag mit folgendem Wortlaut vor:

Hiermit beantrage ich, den bisher nur im nichtöffentlichen Teil vorgesehenen Tagesordnungspunkt 19, „Flughafenbetriebsgesellschaft Cuxhaven-Nordholz GmbH – Wirtschaftsplanung 2004“, soweit wie rechtlich möglich und zulässig auch in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Tagesordnung ist entsprechend zu erweitern.

Abg. Johannßen stimmte dem Antrag grundsätzlich zu. Zwar sei er verärgert darüber, was bereits auf Grund von Indiskretionen in der Presse an Details veröffentlicht worden sei, gleichwohl könne man sich gerade deshalb nicht insgesamt hinter verschlossene Türen zurückziehen. Das was möglich sei, solle deshalb in öffentlicher Sitzung diskutiert werden.

Landrat Bielefeld stellte fest, dass es offensichtlich wieder einen strafrechtlich relevanten Fall der Weitergabe von vertraulichen Unterlagen gegeben habe. Es sei nicht hinnehmbar, dass man sich wegen dieser Vorfälle unter Druck setzen lasse und Dinge in öffentlicher Sitzung behandle, die nicht dorthin gehörten.

Abg. Ferlemann zeigte Verständnis für die Auffassung, die Diskussion über bereits öffentlich gewordene Sachverhalte in öffentlicher Sitzung fortsetzen zu wollen. Die NLO und die Tatsache, dass man nicht Alleingesellschafter sei, verbiete dieses allerdings. Es gehe hier um schützenswerte Interessen Dritter. Er appellierte auch an die Verantwortung der Presse. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand dürfe nicht durch das Hineinziehen in die Öffentlichkeit benachteiligt werden. Wer als vertraulich gekennzeichnete Unterlagen nicht mit der notwendigen Vertraulichkeit behandle, dem müsse die Konsequenz klar sein, dass diese Informationen künftig nur noch als Tischvorlage vorgelegt werden könnten. Für den Abgeordneten bedeute dies eine nicht ausreichende Vorbereitungszeit. Landrat Bielefeld sei zum Eingreifen gezwungen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen:

Der Antrag des Abg. Schröder wird abgelehnt.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 07.07.2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die sechzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 07.07.2004 wird genehmigt.

Punkt 3: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Vorsitzender Dageförde verlas den Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses.

Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 4: Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages

4.1: Fährverbindung Sandstedt-Brake

Landrat Bielefeld berichtete über die ursprünglich zum Jahresende vorgesehene Einstellung der Fährverbindung Sandstedt-Brake, nachdem es durch die Eröffnung des Wesertunnels zu einem dramatischen Einbruch der Beförderungs- und Fahrgastzahlen gekommen sei. Die Hoffnung, dass der Schwerlastverkehr diese Verbindung nutzen werde, habe sich nicht erfüllt. Nunmehr habe der Landkreis Wesermarsch als Alleineigentümer den Termin 30.06.2005 anvisiert. Es habe Gespräche gegeben, an denen er auch teilgenommen habe, mit dem Ziel, andere Möglichkeiten zu entwickeln, um die Fährverbindung aufrecht zu erhalten. Dies könne nur mit einem anderen kleineren Schiff geschehen. Die Stadt Brake habe sich bereit erklärt, zusammen mit dem technischen Leiter der Fährbetriebe ein Konzept zu entwickeln. Die Finanzierung sei noch völlig offen. Ein entsprechender Betreiber, der ggf. auch die Anleger mit übernehme, sei noch nicht gefunden.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

4.2: Zukunft der Karstadt-Filiale Cuxhaven

Landrat Bielefeld verwies auf die Presseberichterstattung zu den Plänen hinsichtlich eines möglichen Verkaufes des Cuxhavener Karstadt-Warenhauses. Oberbürgermeister Heyne habe ihn gebeten, einen Brief an die Konzernleitung zum Erhalt der Filiale mit zu unterzeichnen. Inzwischen sei bekannt, dass die Filiale Cuxhaven nicht geschlossen werde, weil sie schwarze Zahlen schreibe, sondern möglicherweise in eine andere Betriebsform überführt werde.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

4.3: Flughafenbetriebs-Gesellschaft Cuxhaven-Nordholz

Landrat Bielefeld erklärte, er werde sich an dieser Stelle nicht dezidiert öffentlich zu der Problematik äußern. Es sei zugegebenermaßen schwierig, der FBG zu einer Flugverkehrsentwicklung zu verhelfen. Aber es gäbe nach wie vor Gespräche, die Erfolg versprechend seien.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 5: Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwands-, Verdienstausschlag- und Auslagenentschädigung für Mitglieder des Kreistages und sonstige ehrenamtlich tätige Personen des Landkreises Cuxhaven (Aufwandsentschädigungssatzung)
Sitzungsvorlage Nr. 251/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 251/2004 als Anlage beigefügte vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwands-, Verdienstausschlag- und Auslagenentschädigung für Mitglieder des Kreistages und sonstige ehrenamtlich tätige Personen des Landkreises Cuxhaven (Aufwandsentschädigungssatzung) vom 10. Juni 1992 in der Fassung der dritten Änderungssatzung vom 24. Februar 2004 wird beschlossen.

**Punkt 6: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 268/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Abg. Feldmann bezeichnete den Aufbau der Mittagsverpflegung als einen immanenten Bestandteil des Projektes Ganztagschule. Insoweit sei der verbleibende Zuschuss zwar eine freiwillige, aber unter Berücksichtigung vielerlei Gesichtspunkte – z. B. die Zunahme falscher Eßgewohnheiten und daraus resultierenden Übergewichtes - in diesem Zusammenhang notwendige Leistung. Auch das Miteinander Essen als soziales Lernziel müsse in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Er bat deshalb, der Satzung zuzustimmen.

Abg. Frau Ritzenhoff fragte, ob es Anbieter aus der Region gegeben habe und ob bei der Entscheidung für den Anbieter Appetito berücksichtigt worden sei, dass dieser durch sein Verfahren der Erhitzung von Gefriergut einen besonders hohen Energieverbrauch und Müll verursache. Insgesamt sei die Entscheidung jedoch in Ihrem Sinne, denn Sie habe festgestellt, dass Appetito Preisträger der DENUGA sei, eine hohe Kompetenz in der Verarbeitung von biologisch angebauten Produkten besitze und auch sonst sehr innovativ agiere.

Landrat Bielefeld wies darauf hin, dass im Moment nur ein Probetrieb durchgeführt werde. Das Ergebnis des noch nicht abgeschlossenen Ausschreibungsverfahrens bleibe abzuwarten. Er gehe davon aus, dass sich auch lokale Anbieter beteiligen werden. Da das Essen in wieder verwertbaren Behältnissen angeliefert werde, stelle sich das Müllproblem nicht.

Abg. Bensen zeigte sich erfreut über den Verlauf der Diskussion und stellte Einigkeit zwischen den Fraktionen fest. Wenn ihm auch die Höhe der Essenskosten Kopfzerbrechen bereite, so lasse doch die finanzielle Situation des Landkreises keine andere Lösung zu. Er hoffe, dass weitere Schulen mit einem solchen Angebot folgen werden.

Abg. Frau Tecker zeigte sich verwundert, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem das Ausschreibungsergebnis noch nicht feststehe, eine Satzung mit einem konkreten Zuschussbedarf beschlossen werden solle.

Abg. Johannßen erwiderte, es gäbe nur die Alternative kostendeckend zu arbeiten oder einen politischen Preis festzuschreiben. Da man sich für die zweite Alternative entschieden habe, könne man diesen Betrag auch unabhängig vom Ausschreibungsergebnis in der Satzung festsetzen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 268/2004 als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven wird beschlossen.

Punkt 7: Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - Hartz IV -
a) Umsetzung SGB II;
hier: Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der zu erledigenden Aufgaben
b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sitzungsvorlage Nr. 241/2004
c) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.08.2004
Sitzungsvorlage Nr. 241a/2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

KR'in Frau Jahns berichtete über den Sachstand bei der Umsetzung der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, soweit es den Landkreis Cuxhaven betrifft. In drei schwerpunktmäßigen Bereichen sei man bereits sehr weit vorangeschritten. Die Zahlbarmachung der Leistung am 01.01.2005 erfordere, dass die Anspruchsberechtigten ihre Anträge zeitgerecht zurückgäben. Bislang sei nur eine Rücklaufquote von ca. 30% zu verzeichnen. Gemeinsam mit den Gemeinden werde man jedoch alles daran setzen, dass die Anträge zurückgegeben werden. Mit den Agenturen arbeite man bereits jetzt so eng zusammen, dass man sich für alle für 2005 anstehenden Maßnahmen vorbehaltlich der Beschlussfassung der politischen Gremien schon in der Abstimmung befinde.

Abg. Frau Rischbieter führte aus, in der Sitzungsvorlage Nr. 214/2004 sei der Kreistag umfassend über den Sachstand informiert worden. Der in der Sitzungsvorlage Nr. 214a/2004 abgedruckte Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei jedoch nicht weitgehend genug, wenn dort unter Ziff. 2 die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft gefordert werde, weil diese Formulierung die Einbeziehung der Städte und Gemeinden ausschließe. Diese kennen jedoch die Sorgen und Nöte der Hilfesuchenden vor Ort, weshalb die CDU-Kreistagsfraktion deren Mitwirkung für unverzichtbar halte. Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung habe deshalb eine entsprechende Beschlussempfehlung abgegeben, die in der Presse positiv kommentiert worden sei. Diesem Beschlussvorschlag sei der Kreisausschuss einstimmig gefolgt. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dieser Empfehlung deshalb zustimmen.

Abg. Frau Faße bezeichnete die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe als ein Gebot der Vernunft. Die bisher notwendige Antragstellung für die Gewährung von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld werde zusammengeführt. Davon würden viele profitieren. Sie präferiere eine Arbeitsgemeinschaft mit Aufgabenübertragung. Die schlechteste Möglichkeit wäre eine Arbeitsgemeinschaft ohne Aufgabenübertragung, weil dann der Antragsteller wieder gezwungen sei, an verschiedenen Stellen Anträge zu stellen. Sie wehre sich jedoch gegen die Formulierung in der Sitzungsvorlage, der Landkreis trage die finanzielle Verantwortung. Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses habe hier eine Nachprüfung und ggf. Korrektur vorgesehen.

Landrat Bielefeld hob hervor, dass es im Landkreis Cuxhaven in Bezug auf das Thema Hartz IV weitaus ruhiger zugehe als in anderen Landkreisen. Er sei ausgesprochen erfreut, dass man mit den hiesigen Agenturen ein so gutes Einvernehmen habe erzielen können. Gleichwohl möchte er die Sensibilität dafür aufrecht erhalten, dass die Situation noch nicht vollständig gelöst sei. Noch könne er nicht mit Sicherheit sagen, welche finanziellen Belastungen auf den Landkreis Cuxhaven zukommen werden. Man werde einen beispiellosen organisatorischen Kraftakt zu bewältigen haben.

Abg. Frau Tecker vermisste an den Ausführungen von KR'in Frau Jahns ein Detail: Die Zusammenarbeit mit den freien Trägern müsse schon an dieser Stelle mit eingebunden werden. Sie bat darum, dies bereits in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung mit aufzunehmen.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der Landkreis Cuxhaven nimmt die Möglichkeit einer Option kommunaler Trägerschaft nicht wahr (Punkt 1 des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.08.2004 -Sitzungsvorlage als Tischvorlage 241a/2000).

Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung soll nur über einen eng begrenzten Zeitraum bestehen (Punkt 3).

Alle bereits bestehenden Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden zunächst fortgeführt (Punkt 4).

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Agenturen für Arbeit Stade und Bremerhaven unter Einbeziehung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden unverzüglich Verhandlungen fortzuführen mit dem Ziel, eine Konzeption für die weitere Zusammenarbeit im Landkreis Cuxhaven zu entwickeln, unter Bewertung der Arbeitsgemeinschaft im Sinne von § 44 SGB II und aller weiteren Möglichkeiten.

Die Konzeption soll auch Aussagen zu den in Punkt 5 genannten Themen treffen. Sie ist zu der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung vorzulegen, welche Ende Oktober 2004 stattfinden soll.

Punkt 8: Küstenautobahn A22, Finanzierung der Planungskosten
a) Beschlussfassung über die Mitfinanzierung der Landkreise
b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.09.2004
Sitzungsvorlage Nr. 281/2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Abg. Frau Ritzenhoff erweiterte die schriftlich vorliegende Begründung des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dahingehend, dass Bildung die entscheidende Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wandel sei. Die Planungs- und Baukosten eines Kilometers A 22 reichten aus, um 30 Klassenräume zu finanzieren. Auf die gesamte Strecke der A 22 bezogen bedeute dies Unterrichtsräume für 268.000 Kinder oder aber 17.000 Jahresgehälter eines Lehrers. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Private Investoren würden das Risiko nicht eingehen. Vor diesem Hintergrund frage sie sich, was die A 22 so ungeheuer attraktiv mache. Nach ihrer Auffassung stehe auch dem Kreistag Zurückhaltung an.

Abg. Frau Faße verwies auf die Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplanes, mit dem ein positives Zeichen für die B 73 gesetzt worden sei durch Aufnahme der Abschnitte Otterndorf-Cadenberge wie auch Cuxhaven-Otterndorf in die Planung. Die Aufnahme der Küstenautobahn in den Bundesverkehrswegeplan sei ein weiteres positives Zeichen und ein Meilenstein für die Zukunft der Region. Gute Verkehrsanbindungen bedeuteten immer noch Wirtschaftskraft für die Region. Der Weg, einen Teil der Planungskosten durch Wirtschaft und Landkreis vorzustrecken, sei als Anschubfinanzierung zu verstehen, wie sie bei PPP-Projekten üblich sei. Man arbeite außerdem an der Aufnahme in die Transeuropäischen Netze, was eine EU-Fördermöglichkeit eröffne.

Abg. Frau Vockert stellte mit Ausnahme der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Einigkeit zwischen den Kreistagsfraktionen fest, eine Grundsatzdebatte sei deshalb längst beendet. An die Abg. Frau Ritzenhoff gerichtet erwiderte sie, Bildung habe zwar einen hohen Stellenwert und koste Geld, dieses Geld müsse aber erwirtschaftet werden. Würde man das Geld statt für die Verbesserung der Infrastruktur direkt für den Schulbau verwenden, stünden diese Schulen leer, weil die Einwohner in wirtschaftlich attraktivere Gegenden abgewandert wären. Der nun beabsichtigte Beschluss sei deshalb sinnvoll und zukunftsorientiert. Was die Transeuropäischen Netze angehe, müsse nun dafür gesorgt werden, dass die A 22 gegen die A 20 getauscht werde.

Abg. Schröder zeigte sich erstaunt, mit welcher Leichtigkeit über Geld gesprochen werde, das nicht vorhanden sei und die kommenden Generationen belasten werde. Hier werde eine Politik gemacht, die in die Sackgasse führe. In eine Zeit steigender Energiekosten und immer höherer Staatsverschuldung passe ein solches Projekt nicht hinein. Eine Studie des Handelsblattes habe gezeigt, dass der Straßenbau keine Wirkung auf schwache Regionen habe, sondern allenfalls die hiesige Region zu einer Transitstrecke mache.

Abg. Ferlemann ergänzte zustimmend die Ausführungen der Abg. Frau Faße und Frau Vockert dahingehend, dass die zunehmende Globalisierung nicht zu verhindern sei, aber etwas zur Folge habe, von dem der norddeutsche Raum profitieren könne. Die zunehmenden Warenaustauschverkehre fänden zu einem großen Teil über die Seewege statt. Auch regional werde Warenaustausch zwischen den Häfen betrieben. Die Ost-West- und Nord-Süd-Verkehre würden zunehmen. Dafür sei eine leistungsfähige Infrastruktur zu und von den Häfen erforderlich. Nur damit könnten die norddeutschen Häfen verhindern, dass diese Verkehre ausschließlich über Holland und Belgien abgewickelt werden. Deshalb sei es auch richtig, dass die Aufnahme der A 22 in das Transeuropäische Netz angestrebt werde.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei vier Gegenstimmen:

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2004 zur Küstenautobahn wird abgelehnt.
2. Dem Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen, den Landkreisen Ammerland und Cuxhaven sowie den Industrie- und Handelskammern Oldenburg und Stade (Tischvorlage zur Sitzungsvorlage Nr. 281/2004) wird zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die anderen kommunalen Gebietskörperschaften die Übernahme ihres Anteils rechtsverbindlich zusagen und die kommunalaufsichtliche Genehmigung für die gesamtschuldnerische Haftung erteilt wird.

3. Mittel in Höhe von bis zu 50.000,00 Euro werden außerplanmäßig und ins nächste Haushaltsjahr übertragbar bereitgestellt.

Punkt 9: Entschließung des Kreistages zur geplanten Elbvertiefung

a) Antrag des unabhängigen Kreistagsabgeordneten Herrn Schröder vom 21.09.2004
Sitzungsvorlage Nr. 282/2004

b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.10.2004
Sitzungsvorlage Nr. 282a/2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 9 der Tagesordnung.

Abg. Schröder begründete seinen Antrag. Über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion sei er entsetzt, weil er zu weich formuliert und in Teilen auch sachlich falsch sei.

Abg. Götjen erklärte, die CDU- als auch die SPD-Kreistagsfraktion hätten sich im Kreisausschuss mit dem in der Sitzungsvorlage 282/2004 formulierten Beschlussvorschlag des Landrates etwas schwer getan. Man habe sich deshalb entschlossen, den Abänderungsantrag vorzulegen. Nach wie vor sei der Kreistag gegen eine Elbvertiefung, aber die bereits verfasste Resolution müsse angepasst werden. Man sei deshalb mit der SPD-Kreistagsfraktion und dem Landrat überein gekommen, heute keinen Beschluss zu fassen. Am 8.11. werde die Aktionsgemeinschaft in das Kreishaus einladen, um die Machbarkeitsstudie vorzustellen. Diesen Termin solle man abwarten. Am 8.12. könne der Kreistag nach Beratung im Ausschuss für Regionalplanung, Wirtschaft und Tourismus und ggf. auch im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten dann eine überarbeitete Fassung beschließen.

Abg. Johannßen bestätigte die getroffene Übereinkunft mit der CDU-Kreistagsfraktion. Ihm sei wichtig, zu einer gemeinsamen Entschließung zu kommen, nach außen hin Stärke zu demonstrieren.

Abg. Feldmann bemerkte, wenn man bei der vorangegangenen Elbvertiefung genauso sorgfältig vorgegangen wäre wie jetzt, dann bräuchte man sich nicht mit der Aufarbeitung der Folgen zu beschäftigen. Er wies insbesondere auf das Problem des Rückganges des Wattes hin. Zwischen Belum und Otterndorf seien Wattflächen inzwischen zu Inseln geworden. Dies sei ein Aspekt aus der Sicht des Küstenschutzes als auch des Fremdenverkehrs, der im Auge zu behalten sei.

Abg. Frau Ritzenhoff bezeichnete es als lobenswert, dass das Thema für die heutige Tagesordnung aufgegriffen worden sei. Die Formulierung in den Beschlussvorschlägen der CDU-Kreistagsfraktion und des Landrates „zum jetzigen Zeitpunkt“ halte sie für gefährlich. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie müsse angesichts des Rufes des Auftragnehmers für dieses Gutachten kritisch betrachtet werden.

Vorsitzender Dageförde fragte den Abg. Schröder, ob er im Hinblick auf die Übereinkunft der CDU- und SPD-Kreistagsfraktion an seinem Antrag festhalte. Abg. Schröder bat um Abstimmung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei vier Stimmenthaltungen:

Der Antrag des Abg. Schröder, der Kreistag möge eine Entschließung zur Elbvertiefung mit dem in der Sitzungsvorlage Nr. 282/2004 formulierten Inhalt beschließen, wird abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion (Sitzungsvorlage Nr. 282a/2004) wird zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

Punkt 10: Beiräte in Justizvollzugsanstalten;

Vorschlagsliste für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 283/2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Abg. Götjen benannte die Abg. Frau Rischbieter und den Abg. Schütt.

Abg. Johannßen benannte die Abg. Frau Bergen.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Die Abgeordneten Frau Bergen, Frau Rischbieter und Herr Schütt werden für die Vorschlagsliste des Beirats der JVA Oldenburg, Abteilung Cuxhaven für die Wahlperiode vom 01.01.2005 bis 31.12.2008 benannt.

**Punkt 11: Kenntnisnahme einer Eilentscheidung gemäß § 60 NLO
hier: Nachwahl einer Vertrauenspersonen als Ersatz für Herrn Manfred Tönjes,
Heerstedt zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen
Sitzungsvorlage Nr. 277b/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11 der Tagesordnung.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 12: Neuwahl der Vertrauenspersonen zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen
hier: Nachwahl einer Ersatzperson für Herrn Hans-Volker Feldmann, Otterndorf
Sitzungsvorlage Nr. 277/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss einstimmig bei einer Enthaltung:

Der Abg. Georg Haar wird als Ersatzperson für Herrn Hans-Volker Feldmann in den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für den Amtsgerichtsbezirk Otterndorf gewählt.

**Punkt 13: Haushaltskonsolidierung des Landkreises Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 227a/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 13 der Tagesordnung.

Abg. Wegener zitierte aus der Genehmigung der Bezirksregierung Lüneburg des Nachtragshaushalts 2004. Darin sei die Erwartung ausgesprochen worden, dass aufschiebbare Investitionen wie der Bau von Rad- und Wanderwegen zunächst ausgesetzt werden. Eine grundsätzlich wünschenswerte Investition könne nicht ausgeführt werden, wenn Maßnahmen im schulischen Bereich die Finanzmittel des Kreises binden. Auch die Ausgaben für die Schwebefähre Osten und die Museumsbahn seien unter diesem Gesichtspunkt kritisch zu hinterfragen. Der Kreistag jedoch setze die Vorschläge der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung und die Aussage, es dürfe angesichts prekären Haushaltslage keine Tabus geben, nicht immer konsequent um. So sei beispielsweise der Vorschlag, die Jagdsteuer anzuheben, aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept wieder entfernt worden. Insoweit agiere die CDU-Landesregierung folgerichtig im Gegensatz zur CDU-Kreistagsfraktion, die diese kleine Einnahmeverbesserung ablehne, um ihren Klientel zu schützen. Wenn er auch nicht in allen Punkten mit der Finanzpolitik der Landesregierung einverstanden sei, so akzeptiere er die darin enthaltene Geradlinigkeit und die Bereitschaft, eben auch Tabuthemen bei Einsparungen zu besetzen. Die SPD-Kreistagsfraktion werde deshalb beantragen, hinsichtlich der Anhebung der Jagdsteuer gesondert abzustimmen, und dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zustimmen, wenn die Anhebung der Jagdsteuer abgelehnt werde.

Abg. Götjen bezifferte die Einnahmen aus der Jagdsteuer auf etwa 100.000,- €. Diese würden zu einem nicht unerheblichen Anteil von einem Personenkreis aufgebracht, der ehrenamtliche Funktionen in den Gemeinden wahrnehme. Die Anhebung der Jagdsteuer sei kontraproduktiv. Das Haushaltskonsolidierungskonzept führe immerhin zu einer Einsparung in Höhe von mehr als 9 % des Vermögenshaushaltes. Unter Berücksichtigung der nicht in Anspruch genommenen Fördermittel sei der Betrag, der der heimischen Wirtschaft verloren gehe, dreimal so hoch. Die CDU-Kreistagsfraktion stelle deshalb die Schulstruktur in den Vordergrund und stimme dem Haushaltskonsolidierungskonzept als Ganzes zu.

Abg. Bensen griff einige Punkte des Haushaltskonsolidierungskonzeptes heraus. Die Anhebung der Entfernungsgrenze für die Schülerbeförderung sei ein Vorschlag, der viel zu spät vorgetragen werde und die Schüler im ländlichen Raum über Gebühr belaste. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Eigen- und Fremdreinigung in Schulen bat er um Aufklärung, woraus sich das Einsparpotential ergebe. Er sei ein wenig erschüttert, mit welcher Sorglosigkeit der Zuschuss zur Telefonseelsorge behandelt werde. Ihm fehle die Einbeziehung des Flughafens Cuxhaven-Nordholz in die Konsolidierungsbemühungen, auch wenn eine Einstellung des Betriebes bisher nicht angedacht sei.

Landrat Bielefeld erinnerte daran, dass die Diskussion allein über Konsolidierungsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2004 geführt werde, die auf einer Zusatzforderung der Bezirksregierung zum Nachtragshaushalt 2004 beruhten. Die Konsolidierung sei mit der heutigen Beschlussfassung nicht zu Ende. Es gehe jetzt weiter mit der Diskussion über die Haushaltsrunde 2005 und dies erlege dem Kreistag somit auf, sich erneut mit diesem Thema zu beschäftigen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Reihe von Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag des Abg. Wegener, das Haushaltskonsolidierungskonzept wieder um die Anhebung der Jagdsteuer zu ergänzen, wird abgelehnt.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei fünf Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen:

Die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes in der Fassung der als „Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2004 des Landkreises Cuxhaven, Stand: Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 29.09.2004“ betitelten Tischvorlage zu Sitzungsvorlage Nr. 227 und 227a/2204 wird beschlossen.

**Punkt 14: Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 einschließlich der Jahresabschlussergebnisse der Einrichtungen gem. § 108 NGO des Landkreises Cuxhaven und Entlastung des Oberkreisdirektors
Sitzungsvorlage Nr. 274/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 14 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

1. Die Jahresrechnung des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2002 wird beschlossen.
2. Die Entlastung des Oberkreisdirektors aus der Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2002 wird beschlossen.
3. Der Jahresfehlbetrag 2002 des Kreiskrankenhauses Land Hadeln in Höhe von - 509.318,67 € wird mit einem Teilbetrag von 124.029,21 € durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage abgedeckt. Die verbleibenden 385.289,46 € werden auf das Wirtschaftsjahr 2003 vorgetragen.
4. Der Jahresüberschuss 2002 der Abfallwirtschaft in Höhe von 71.490,84 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.
5. Der Jahresüberschuss 2002 des Internen Service Betriebes in Höhe von 1.559.635,00 € wird auf das Wirtschaftsjahr 2003 vorgetragen.
6. Der Jahresüberschuss 2002 der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises in Höhe von 23.829,24 € wird auf das Wirtschaftsjahr 2003 vorgetragen.

Punkt 15: Fragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Punkt 16: Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse

Es lagen keine Anfragen vor.

Punkt 17: Anregungen und Beschwerden

Es lagen keine Anregungen und Beschwerden vor.

Punkt 18: Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Vorsitzender Dageförde schloss die öffentliche Sitzung des Kreistages um 18.35 Uhr.

Im Anschluss an die öffentliche Kreistagssitzung fand eine nichtöffentliche Sitzung des Kreistages statt.

Bielefeld
Landrat

Dageförde
Vorsitzender

Meyer
Kreisamtsrat
als Protokollführer